

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  
Christlich-nationale Gewerkschaft für die



Zentralverbandes \* Köln  
graphische u. papierverarbeitende Industrie

27. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühr

Köln, den 23. Mai 1931

Erscheint vierteljährig Samstag  
Eingangsnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 11

## Pfingstgeist - Führergeist

Ein rechter, künftiger Pfingstartikel muß eigentlich in schwärmerischen Ergüssen das „Hebliche Fest“ besingen. — Man kann sich ja wirklich das Pfingstfest gar nicht vorstellen ohne recht viel Sonne, jubelnde Vögel und frohe Menschen draußen im zartgrünen, spritzenden Frühling. Der sonnige Zauber dieses Festes schlägt alle in seinen Bann. Er senkt neuen, hoffnungsvollen Mut in die Herzen der Menschen, schafft ihnen blühende leuchtende Augen. Pfingsten — ein Maienfest der Natur, der Menschenherzen.

Uns aber sagt das Fest noch mehr und anderes. Pfingsten ist der Tag, an dem der Geist über die Materie siegt, ist der Triumphtag des heiligen Feuers über die finsternen Mächte des Heidentums. Es ist der Tag, der aus schwachen, ängstlichen, zagenden Jüngern Christi Apostel machte. Der Tag, der unwissende, jeder gelehrt, die Bildung bare Männer des Volkes in begeisterte, mit hinreißendem Feuer auftretende Weltensführer wandelte.

So ist der Pfingstgedanke ein tiefer, ernster Führergedanke. Gerade heute, in einer Zeit, da alle geistigen Werte umgeschichtet werden, nimmt das Führerproblem die herausragendste Stelle ein. Aller Fortschritt, alle Kultur ist eine Frage der Führung. Das trifft in erhöhtem Maße zu, wenn Volksgemeinschaft lebendigste Wirklichkeit werden soll. Ein Volk, das sein Geschick in eigene Hand genommen hat, das selbst für Sein und Werden verantwortlich ist, muß das Führerproblem als Schicksalsfrage ansehen. Und im besonderen wir christliche Gewerkschafter müssen uns auf das Eingehendste damit beschäftigen.

Die erste große Erkenntnis, die uns das Pfingstfest immer wieder neu vermittelt, ist die Tatsache, daß Führertum eine Gnade, ein unmittelbares Geschenk des Himmels ist. Es ist an keine Klasse, an keinen besonderen Stand gebunden, läßt sich auch nicht durch Studien und Examen erwerben. Führergeist ist nicht anlerbar, er ist entweder da — oder er fehlt. Als Gottesgeschenk ruht er im Menschen, wird durch Liebe und Hingabe an eine große, edle Sache gewedt und zu hinreißender Flamme entfacht. Wohl kann Führertum durch Erfahrung, durch Schulung und erworbenes Wissen erweitert und vervollkommen werden; nie und niemals ist es aber dadurch zu ersetzen.

Führer sein heißt, sich mit großer feuriger Begeisterung, mit starker, gläubiger Überzeugung, mit heiliger Liebe, mit fühnem Mute und selbstloser Hingabe für eine Idee einsetzen. Die Jünger saßen schweigend und ängstlich in Jerusalem zusammen. Sie hatten das Wissen um die neue Heillehre, hatten auch den Glauben. Aber zagend, voll Bedenken und Überlegungen verharren sie in furchtsamer Zurückgezogenheit. Da rauschte der heilige Pfingstgeist in sie hinein, erfüllte ihnen Herz und Seele mit dem brennenden Eifer, zu wirken, zu lehren, zu führen. Da waren alle ängstlichen Bedenken hinweggewirbelt; mit heiliger Begeisterung traten die Jünger — jetzt erst Apostel, Rinder des Herrn — hin vor die Menge und predigten mit hinreißendem, überzeugendem Feuer.

So muß uns alle begeisterte Überzeugung für den hohen Wert unserer Idee erfüllen. Nur der aber sei Führer, der nicht nur begeistert ist, sondern der, dem seine Überzeugung und sein gläubiges Vertrauen auch die Kraft zur guten Tat gibt. Den hohen Ehrennamen „Führer“ verdient nur, wer das, was er kündigt, auch selbst praktisch ausübt. Die wahre Führung besteht ja nicht darin, daß nur gut geredet, sondern auch gut gearbeitet wird.

Dazu gehört Mut, viel große, tiefe Liebe und — nicht zuletzt — die selbstlose Hingabe des

Führers. Die Apostel gingen ihren Weg bis zur Opferung ihres Lebens. Das wird von uns nicht verlangt. Aber mutvolles Eintreten für die Gedanken- und Ideenwelt der christlichen Gewerkschaften erfordert in der heutigen Umwelt ebenfalls große, hingebende Liebe und hohe Selbstlosigkeit. Wer das Krebsübel unserer Zeit, die Schucht, überwinden will, muß sich selbst davon befreien. Denn nur der kann andern Freiheit bringen, der selbst frei ist.

Das gilt für alle Führer. Das Führertum der Kleinarbeit, im Alltag der Wertstat ist genau so wichtig und

verantwortungsvoll wie das an exponierter Stelle. Drum füllen wir uns alle die Herzen mit dem Feuer heiliger Begeisterung für unsere christlichen Gewerkschaften. Der Begeisterung folgt die Tat. So kann jeder zum Führer in dem Kreise werden, in den er berufen ist. Dann werden wir vorankommen und unsere großen Aufgaben erfüllen können, wenn wir mit diesem Pfingstgeist und solcher Gesinnung an ihre Lösung herantreten. Und auch das Bewußtsein treuer erfüllter Pflichten, der Erfolg guter Arbeit schafft blühende, leuchtende Augen und frohe Herzen. Verfücht es nur! —

## Unehrlische Kampfmethoden

Die im Vorjahre gebildete Organisation für Reichstarigegner hat unter dem Titel: „Allgemeiner Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung E. V., eine sonderbare Kampfmethod gegen das Bestehen der Reichstari innerhals der graphischen und papierverarbeitenden Berufe an den Tag gelegt. Nicht nur den Außenleiterfirmen wurde klar zu machen verucht, daß alles Heil der Betriebe von der Zugehörigkeit zum Oppositionsverband und deren Kampf gegen die Reichstari abhängig, sondern auch die tariftreuen Firmen wurden mit Dutzenden von Rundschreiben belästigt, um ihrer bisherigen Arbeitgeberorganisation den Rücken zu kehren. Besonders raffiniert kämpfte man gegen die Allgemeinverbindlichkeit der Reichstari mit dem Ziel, Firmen und Behörden irregulär, Trohdem der Hauptkampf gegen die Buchbinder-Reichstari gerichtet ist, verläumt man es nicht, auch gegen den Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter-Tarif energisch Sturm zu laufen.

Es ist für Laien vielfach schwer, klar herauszufinden, welcher von den drei Reichstari für das Buchbinder-gewerbe und verwandte Berufszweige auf den einzelnen Betrieb rechtlich anwendbar ist. Aber der ADP, „Allgemeiner Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung“ und seine Untergruppen haben besonders bei Behörden vielfach dazu beigetragen, irrtümliche Statistiken zu nähren.

Im vergangenen Jahre protestierte der Geschäftsführer des ADP, Herr Dr. Coerper, Berlin-Eichwalde, in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gegen den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit des Api-Tarifes. Seine Untergruppen und Einzel-Firmen haben auf Anleitung ein Gleiches getan, und schließlich wurden auch alle drücklichen gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbände aufgefordert, gegen den Allgemeinverbindlichkeitsantrag des Api-Tarifes Protest einzureichen. Wie blind einzelne drückliche Arbeitgeberverbände Herrn Coerper gefolgt sind, möge man daraus erkennen, daß beispielsweise für eine mittlere Stadt adreßbuchmäßig sämtliche Firmen protestierend gegen den Api-Tarif ins Feld geführt wurden, obgleich es sich nur um Buchdruckerien und sonstige Betriebe handelte, deren geringfügiges Buchbinderpersonal von jeder ohne jeglichen Druck der Gewerkschaften in dem Genus des Buchdrucker-Buchbinder-Reichstariestes steht. Man hat sich außerdem hierbei nicht bei der Angabe der Zahl der Beschäftigten an den in Frage kommenden Berufskreis gehalten, sondern die gesamte Belegschaft eininkl. kaufmännischem Personal ins Feld geführt.

Wenn man alle Betriebe, die nur irgendwie mit Papier oder Pappe in Verbindung gebracht werden können in Konkurrenz zum Api-Tarif stellt, wie es Herr Dr. Coerper getan hat, so tritt die Zahl der sogenannten tariflichen Außenleiter für Nichtkenner der Berufs- und Tarifabgrenzung respektabel in Erscheinung. Dieser unehrlichen Kampfstatistik dürfte es zuzuschreiben sein, daß dem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit des Api-Tarifs vom vorigen Jahre noch nicht entsprochen ist. Dabei steht fest, daß dieser Tarifvertrag seit 1. Dezember 1925 unangeseht allgemeinverbindlich war und in seiner Auswirkung unbedingt überwiegende Bedeutung hat. Die Zahl der Außenleiterfirmen ist im Grunde genommen die gleiche wie von jeher. Lediglich in 2 Orten, so in

Wuppertal und Stodbach-Rheydt ist mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse und Verbindlichkeitsklärung die Loslösung vom Reichstari erzwingen worden, ohne dabei materiell ungünstigere Verhältnisse für die Arbeitererschaft herbeizuführen. Um nun endlich einen einwandfreien Überblick zu bekommen, inwieweit der Api-Tarif in Geschäftsbücher- und Briefumschlagfabriken durchgeführt ist, hat das Reichsarbeitsministerium erneute Erhebungen im Reiche gefordert. Diese Maßnahme hat aber den Zorn des Herrn Dr. Coerper heraufbeschworen, denn sie ermöglicht nicht mehr die beliebige Wirrwarrtätigkeit der Reichstarigegner wie bisher, sondern ist geeignet, den klaren Nachweis zu erbringen, daß der Api-Tarif über-wiegende Bedeutung im Reiche hat.

Ein erneuter, geradezu verwegener Versuch, den Api-Tarif und dessen Auswirkung zu mißkreditieren, hat Herr Dr. Coerper als Allerweltstänfler in einem neuen Rundschreiben an alle Papierverarbeitungsfirmen, die vermutlich dem Api-Tarif nicht angeschlossen sind, unternommen. Da uns auch ein solches, zum Ärger des Herrn Dr. Coerper zugesattelt ist, veräumen wir nicht, dasselbe öffentlich bekanntzugeben. Man möge dasselbe, einschließ-lich Fragebogen, von dem Gesichtspunkt aus überprüfen, ob Herrn Dr. Coerper daran gelegen ist, die Wahrheit zu erforchen, oder sich und seiner Organisation das Lebensdasein zu erhalten.

### Abschrift.

Allgemeiner Arbeitgeberverband  
der Deutschen Papierverarbeitung E. V.  
Eichwalde-Berlin, Schmüdowher Str. 7,  
Fernspr. Schmüdowh 9743

6. 5. 1931.

Gilt! Vertraulich.

An die

Firmen der Papierverarbeitung,  
die nicht Mitglieder des Api sind.

Das Reichsarbeitsministerium hat sich immer noch nicht entschließen können, den Antrag der Gewerkschaften auf Allgemeinverbindlichklärung des Api-Tarifes abzulehnen, obwohl wir ihm längst den Nachweis erbracht haben, daß unsern Verbände heute bereits mehr Firmen mit mehr Arbeitnehmern angeschlossen sind, als dem Api.

Der Api-Tarif wird eben als Reichstari vom Reichsarbeitsministerium offen begünstigt und soll im Interesse der Gewerkschaften als Zwangstari auch weiterhin durch Allgemeinverbindlichklärung geschützt werden, es sei denn, daß unsere Behauptung, daß der Api-Tarif die von den Gewerkschaften behauptete „überwiegende Bedeutung“ für die Papierverarbeitung nicht besitzt, nicht mehr zu widerlegen ist.

Trotz unserer sorgfältigen und ausführlichen Nachweise für unsere Behauptung, und obwohl alle sonstigen Versuche, die Unrichtigkeit unserer Behauptung nachzuweisen, mißglückt sind, hat das Reichsarbeitsministerium, offenbar auf Drängen der Gewerkschaften, einen letzten, gänzlich ungewöhnlichen Versuch durch direkte Befragung der in Betracht kommenden Firmen, also auch Ihrer Firma, unternommen.

Der Ihnen mit Schreiben vom 2. d. M. vom Reichsarbeitsministerium zugefandene Fragebogen kann u. E. von den Firmen, die der ganzen höchst komplizierten Frage der Allgemeinverbindlicherklärung des Api-Tarifes fernere Antworten geben, nicht in allen Punkten treffend beantwortet werden.

Dies gilt vor allem von der Frage 4 b in Verbindung mit Frage 3. Wenn z. B. der Api-Mantel- oder der Api-Lohnstarif nicht einfach ohne jede Abänderung oder mit einer anderen Geltungsdauer übernommen worden ist, so wäre die Frage 3 mit „Nein“ zu beantworten. Muß jedoch die Frage 3 bejaht werden, dann dürfte in der Regel der Api-Mantel- oder Api-Lohnstarif nicht, wie es in dem Fragebogen beispielsweise heißt, wegen „Zweckmäßigkeit“, sondern einfach deshalb übernommen worden sein, weil der Api-Tarif bisher stets als Zwangstarif für allgemeinverbindlich erklärt worden war. Denn wenn dieser Tarifzwang nicht bestanden hätte, so besteht wohl kein Zweifel, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Firmen, die sich dem Api nicht angeschlossen haben, es für weit zweckmäßiger gehalten haben würden, sich den örtlichen Tarif- und Lohnverhältnissen anzupassen, die fast durchweg wesentlich günstiger liegen, als der Api-Tarif.

Darum kann nach unseren Feststellungen in der über großen Mehrzahl der Fälle die Antwort auf Frage 4 b nur etwa so oder ähnlich lauten: Nicht wegen seiner Zweckmäßigkeit, sondern unter dem Zwang der früher stets fortgesetzten Allgemeinverbindlicherklärung haben wir den Api-Tarif gegen unseren Willen anwenden müssen. (Eventuell noch: Wir sind Gegner dieses Reichstarifes und seiner Allgemeinverbindlicherklärung.)

In der Antwort auf Frage 2 sind nicht nur die vom Reichsarbeitsministerium besonders gefragten Buchbinder und sonstigen „Papierverarbeiter“, sondern daneben — in einer Zahl für sich — auch alle andern Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuführen, deren Arbeit, wie die der Buchdrucker, Handwerker, Heizer, Packer und sonstigen Hilfsarbeiter, der Herstellung oder Fertigstellung der Betriebszeugnisse dient, also z. B.:

- 25 Buchbinder und Papierverarbeiter.
- (10 sonstige Betriebsarbeiter.)

Sollten Sie hiernach noch Bedenken oder Zweifel haben bez. der Beantwortung des Fragebogens, ins-

besondere auch Ziffer 1, ob es sich bei Ihnen um eine „selbständige Abteilung“ handelt, so bitten wir Sie, sich freundschaftlich sofort an uns telefonisch oder schriftlich um nähere Auskunft zu wenden. Der Unterzeichnete ist gern zu jeder weiteren Auskunft bereit.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Allgemeiner Arbeitgeberverband der Deutschen  
Papierverarbeitung E. V.

Der Geschäftsführer:  
gez. Dr. Coeper.

Su III 3844/1924 Tor.

Frage:	Antwort:
1. Ist der Betrieb ganz oder überwiegend eine Pressergold- und Prägenfabrik, eine Geschäftsbücher-, Notizbücher-, Schreibhefte- u. Zeichenmittelfabrik, eine Briefumschlag- und Papierausschneidungsfabrik? (Nicht in Frage kommen also Betriebe, die ganz oder überwiegend der Faltschachtel-, Kartonagen-, Tüten- und Beutel-, Zapfen-, Karmenstift-, Vordruck-, Anwaltrien- und der präparierte Papiere herstellenden Industrie angehören.)	Ju 1 Der untengenannte Betrieb ist . . . . . und gehört daher ganz oder überwiegend nicht zu dem neben genannten Berufskreis oder hat eine selbständige Abteilung, die zu dem neben genannten Berufskreis gehört.
2. Wieviel gewerbliche Arbeiter (Buchbinder, Papierverarbeiter) wurden am 1. April 1931 mit den zu 1. genannten Arbeiten beschäftigt?	Ju 2 . . . . . Arbeiter.
3. Wurden die Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter am 1. April 1931 auf Grund des Api-Mantelstarifvertrages vom 5. Juni 1930 und des Lohnstarifvertrages vom 4. Februar 1931 geregelt?	Ju 3. Mantelstarifvertrag ja - nein. Lohnstarifvertrag ja - nein.
4. Wenn Ziffer 3 bejaht: a) Werden die Api-Tarifverträge auf Grund Zugehörigkeit zum Api-Verband angewendet? oder b) aus anderen (welchen) Gründen?	Ju 4a) ja - nein.  Ju 4b) (3. B.) Wegen Zweckmäßigkeit des Tarifvertrages . . . . . bei Abschluß der Arbeitsverträge. (Genauere Firmenbezeichnung, Unterjahr!) (Stichtagreferendes streichen)

wertungsmäßig umzustellen und dem Konsum anzupassen. Dadurch muß einmal der deutsche Arbeiter einen doppelt so hohen Brotpreis zahlen, wie die übrige Welt. Die Folge wird aber zum anderen auch sein, daß immer mehr kleiner und mittlerer Landbesitz verschwindet, sich nicht mehr halten kann.

Am schwersten muß aber die Arbeiterschaft unter dem Fatalismus so vieler ihrer Glieder leiden. Wie eine bössartige Seuche greift diese Seelen- und Gemütskrankheit manchmal um sich. Die tiefste Ursache dafür, daß in den vergangenen Wochen und Monaten bei allen wirtschafts- und sozialpolitischen Sparmaßnahmen zuerst und am härtesten die Arbeiterschaft betroffen wurde, ist in dieser fatalen, gleichgültigen Mutlosigkeit zu suchen.

Auf diesem Sumpfboden geht auch am üppigsten das Riesmachertum, der schwarzeherische Pessimismus. Wer kennt nicht diese nur aus Kritik und Nörgeln zusammengesetzte Menschen, die alles verneinen und immer noch Schlimmeres voraussehen. Es gibt doch überall solche „lebendige Unglückszeitungen“, die immer schon im voraus wissen, wann wieder so und so viele Entlassungen kommen, oder wann Kurzarbeit oder Lohnabzüge geplant sind und dgl. Es sind Leute, die immer die tollsten Gerüchte in Umlauf setzen und ihre Mitarbeiter damit topfscheu machen. Man hatte während des Krieges den unschönen, aber bezeichnenden Ausdruck „Carinenbefehle“ für solche Nachrichten.

Der Riesmacher, der Pessimist ist der gefährlichste Feind der Arbeiterschaft. Er selbst ist in der Regel eine mutlose, sich brückende und kriechende Kreatur. Seine eigene Feigheit verdeckt er mit Hebensarten, wie: „Es nützt ja doch alles nichts“ — oder „dagegen können wir doch nichts machen“ —. An allen Maßnahmen der Gewerkschaften oder der Betriebsvertretungen kritisiert er, erklärt sie für falsch und wirkungslos. Und — merkwürdig, solche Leute finden immer gutgläubige Anhänger und Mitläufer. Sie stiften Unheil und Verwirrung, lähmen die Tatkraft und den entschlossenen, mutvollen Widerstand ihrer Kollegenschaft.

Drum: Kampf dem Pessimismus, Kampf der Gleichgültigkeit und Riesmacherei! Ohne Kampf, ohne Opfer, kein Erfolg. „Sehest Du nicht das Leben ein, nie wird Dir das Leben gewonnen sein.“ Gehen wir dieser verhängnisvollen geistigen Seuche des Fatalismus und Pessimismus herzhafst zu Leibe. Stellen wir ihr die Kräfte des Christentums entgegen. Sehen wir in Verbindung damit unsere ganze, eigene Kraft mutig und vertrauensvoll ein. Dann werden wir diese gemeinliche Macht in uns selbst, in unserm Stande und unserm Volke überwinden.

Fragen wir uns vor allem: Wie würden heute wohl die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein, wenn die Gewerkschaften nicht wären? Es gibt ältere Kollegen, die wohl noch ein Nicken singen können, wie es früher war. Nach dem glorreichen Kriege 1870-71 waren die Löhne miserabel, die Arbeitszeit unerträglich lang. Bis zu 14 Stunden am Tage wurde gearbeitet. Taufende deutscher Arbeiter mußten damals ihre Heimat verlassen und auswandern, weil weder Arbeit und Verdienst, noch irgendeine Unterstützung zu finden war. Das alles, trotdem Milliarden Goldes nach Deutschland hereingeströmt waren.

Gegenüber damals besteht heute doch ein gewaltiger Unterschied: trotz der umgekehrten wirtschaftlichen und politischen Lage. Heute ist die ganze Weltwirtschaft krank, der Gütertausch gestört; die Krise ist international. Aber täuschen wir uns nicht. Ohne die aufopfernde, unermüdete Arbeit der Gewerkschaften wäre die Lage des deutschen Arbeiters heute eine furchtbare. Dann wäre das Ziel der reaktionären Kräfte längst erreicht: Die Gewerkschaften wären hinweggefegt — damit auch die Tarifverträge, Ferien, Feiertagsbezahlung, Arbeitslosen-zuschläge usw. erlobigt. Die soziale Gesetzgebung wäre zurückrevidiert, der Arbeiter auf Gnade und Ungnade der Willkür des Unternehmers ausgeliefert. In Krankheit oder Arbeitslosigkeit könnte er als Bettler die öffentliche Armenpflege betätigen. — Aber trieben? O nein! Sucht doch nur einmal einen Betrieb — es gibt leider solche — in denen eine hatlose, mutlose Arbeiterschaft sich selbst verriet, wo man Gewerkschaftsbeiträge zu sparen, den Betriebsrat entbehren zu können glaubte. Seht dort einmal nach, wie es mit der Entlohnung und der Mitbestimmung der Belegschaft aussieht! —

Die Zeiten sind schwer. Wir wissen und fühlen es alle. Um so härter muß unser Selbstvertrauen, unsere Besonnenheit und der Wille zur Verteidigung sein. Wir dürfen uns nicht zurückdrängen lassen! Hinweg mit Kleingläubigkeit und Mutlosigkeit, hinweg mit dem Riesmachen und Schwarzlehern! Nur dem Mutigen gehört die Welt. Ruft es hinaus in die Lande. Mitleid die verwirrten und topfscheu gemachten Menschen auf. Verschlagt dieses wehleidige, feige „es nützt ja doch nichts“ mit dem flüchtigen Klang eures trübsigen „wir zwingen es doch“. Ohne Kampf, ohne Opfer kein Erfolg! Sammelt immer mehr und neue Kämpfer. Ruft die Lösung hinaus ins Land, höret das Gebet der Stunde: Seid auf der Wacht! — Rüstet zur Schlacht!  
S. S.

## Es nützt ja doch nichts! —

Krisenzeiten, Wirtschaftskrise — wie gefläufig uns allen diese Worte von der Junge Hiesigen! Kein Gespräch ohne irgendeine „Krise“. — So wie vor einem knappen Jahrzehnt der „Multiplikator“ unfehligen Andenkens der erste, wichtigste und ergiebigste Gesprächsstoff war, so redet und schreibt und — schimpft heute jeder und alles über die „Krise“.

Was ist überhaupt eine Krise? Sie ist ein Abweichen von der wohlgeordneten, genau vorgezeichneten Bahn des Herdumhüpfens und Regelmäßigen. Jede Krise bedeutet also im allgemeinen einen Wendepunkt. Da im Wirtschaftsleben jedes „Wenden“ irgendeine Störungen bewirkt, ist Wirtschaftskrise demnach gleichbedeutend mit Störung. Der Gang des Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens ist fließend und beweglich. Bewegt sich irgendein Teil in verkehrten Bahnen, so löst er sehr bald auf Widerstände — die Störung ist da. Je länger es geht, bis die rechte Linie wieder gefunden, bis wieder alles in Fluß ist, um so mehr verschärft sich die Krise. Es bilden sich Strudel und gefährliche Gegenströme, die alles mitreißen, was ihnen in den Weg kommt.

Mit ziemlicher Sicherheit werden immer ruhigere Zeiten der wirtschaftlichen Entwicklung abgelöst werden von Zeitläufern der Störung, sogar des Zerfalls und Wiederaufbaus. Augenblicklich ist nicht nur unsere Volkswirtschaft, sondern die ganze Weltwirtschaft ins Stoden geraten. Allzuoftle künstliche Widerstände wurden durch „Friedens“-Verträge, Reparationsverpflichtungen, Zollschranken zwischen den Staaten, durch Nationalisierung, Reaktion und Selbstsucht (wohlerworbene Rechte) zwischen den Ständen aufgerichtet.

So müssen nun wir armen Menschen in ganz anormalen Verhältnissen leben. Wir sind gegen unsern Willen in den Strudel hereingerissen und müssen nun suchen, möglichst schnell einen rettenden Halt zu finden. Den bietet dem Arbeiter nur seine Organisation. Es wäre wahrhaftig schlecht, um unsere Gemeinschaftsbewegung bestellt, wenn sie in ihren Aufgaben und ihrer Zielsetzung nur auf normalen Verhältnissen aufgebaut wäre. Eine starke, durchschlagsträftige Gewerkschaft muß zu allen Zeiten Schlichter und Kämpfer für ihre Mitglieder sein. Im Kampf zeigt sich erst der ganze Stamm.

Augenblicklich ist die Arbeiterschaft in die Abwehr gedrängt. Zu den direkten Nachteilen der Krise — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit — kommen die indirekten Schäden: Schmälerung des Einkommens durch Lohn-

abbau, Beschneidung des sozialen und arbeitsrechtlichen Schutzes durch wiederholte „Reformen“. All das ist eine Folge der fortgesetzten, gerade jetzt wieder verstärkten Angriffe der reaktionären Kreise im deutschen Unternehmertum. — Überall ist die Arbeiterschaft in Verteidigungstellung, im Abwehrkampf. Gerade dieser uns aufgewungene Kampf um die Selbsthaltung, um die Verteidigung des Ertrunnenen fordert ungeheuer viel an zäher Beharrlichkeit, an Disziplin und Vertrauen. Er kann nur durchgehalten und gewonnen werden mit starken, eisernen Nerven.

Eingangs sprachen wir von gefährlichen Gegenströmen. Diese aufzuzeigen und in dieser Lage zu erkennen, ist unsere Pflicht. Die größte Gefahr in diesen wirren Zeiten ist die Mutlosigkeit, die Gleichgültigkeit und Riesmacherei unter der Arbeiterschaft selbst. Wer — wer unbedingt ein Fremdwort dafür haben muß — der Fatalismus und Pessimismus. Fatalismus ist Mutlosigkeit, ist mangelndes Vertrauen in die eigene Kraft, ist Willenslosigkeit, „Wurstigkeit“, die einfach an ein blindes Schicksal glaubt, dem doch nicht zu entrinnen ist. — „Es nützt ja doch alles nichts mehr, — was kommen muß, kommt doch — was sollen wir noch Beiträge zahlen —, in Versammlungen gehen, die Gewerkschaften können ja doch nicht helfen.“ So spricht der Fatalismus in mutloser Gleichgültigkeit, in feigem, faulem Verzicht auf die Anwendung der gottgegebenen Kraft. Diese Einstellung ist nicht christliche Geduld oder Gottergebenheit, sondern das gerade Gegenteil davon. Sie ist in hohem Grade unchristlich, unmoralisch, denn es gibt kein blindes, vorausbestimmendes Schicksal! Der Mensch hat von seinem Schöpfer Verstand und freien Willen erhalten, um sich sein Schicksal selbst zu gestalten. Jedes Beweisen, selbst das unvollkommenste, bei Widerstandskräfte und verteidigt seinen Lebensraum. Nur unter den Menschen, den vollkommensten Beweisen, gibt es solche sonderbare Kräfte, die ihren freien Willen benutzen, um diesen Selbsthaltungstrieb aus Faulheit und Bequemlichkeitsucht auszuschalten.

Der Fatalismus ist ein sehr weitverbreitetes Vexierbild. Wir brauchen gar nicht in vergangenen Zeiten darnach forschen, es gibt in unsern Tagen genügend erschütternde Beispiele. Die Landwirtschaft z. B. kann sich zu einem großen Teil nicht von ihrer fatalistischen Einstellung abheben. Sie schreit nach Großhändler nur nach Folschuh und verpaßt die Gelegenheit, sich mit ihrer Produktion, ihrer ganzen Bewirtschaftungs- und Ver-

### Viel Kapital - wenig Arbeit

Die wirtschaftliche Diskussion ist beherrscht von Schlagworten. Man redet viel von Kapitalmangel, betont die Notwendigkeit der Neubildung von Eigenkapital. Unter besonderem Hinweis auf die hohen Zinssätze wird behauptet, daß wir zu wenig sparen. Da ist es von großem Interesse, einmal zu wissen, wie groß denn eigentlich die deutsche Kapitalbildung ist.

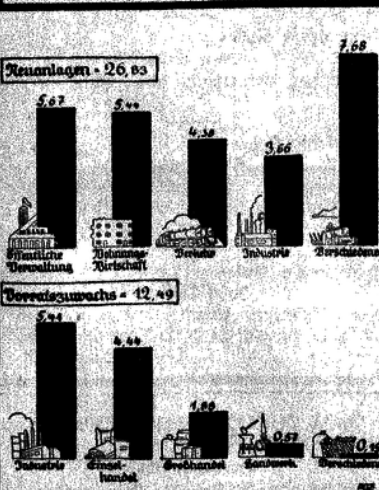
Kapitalbildung ist nur möglich durch Verbrauchsverzichte. Mit anderen Worten: Es müssen statt Verbrauchsgüter Produktionsmittel oder andere Kapitalgüter hergestellt werden. Das sind Neuanlagen, Investitionen, die eine Erweiterung des Produktionsapparates und damit des volkswirtschaftlichen Reichtums darstellen. Ein nicht unerheblicher Teil der ersparten Geldmittel wird auch in die Vermehrung der Borräte gesteckt. Dazu tritt der Verbrauchsverzichts, der die Mittel zur Kapitalerhaltung, für Abschreibungen und Erneuerungen aufbringt. Bei uns ist die ganze Kapitalbildung natürlich nicht das Ergebnis eigener Sparsamkeit. Durch die Hereinnahme umfangreicher Auslandsanleihen ist die Summe der Neuanlagen größer als das ersparte Eigenkapital. Eine zuverlässige Schätzung ist hier allerdings durch den andererseits ebenfalls sehr hohen Abfluß deutschen Kapitals ins Ausland sehr erschwert.

In der ganzen komplizierten Frage der Kapitalbildung waren wir bisher nur auf unkontrollierbare Schätzungen angewiesen. Jetzt hat das Institut für Konjunkturforschung mit Hilfe sehr verwickelter Schätzungen und Berechnungen festgestellt, was alles an Neuanlagen und Borrätsvermehrungen in den Jahren 1924—1928 in Deutschland vorgekommen ist. Es hat die gesamte Neukapitalbildung auf 41,6 Milliarden RM. berechnet. Dabei ist der Erfolg für Anlagen, also die Abschreibungen, nicht eingeschlossen. Sie sind aber ebenfalls berechnet und werden auf 26 Milliarden RM. geschätzt. In diesen Ziffern spiegelt sich der ganze Um- und Neubau der deutschen Wirtschaft seit der Stabilisierung. Die Leistung erscheint um so gewaltiger, wenn man bedenkt, daß in der gleichen Zeit etwa 10 Milliarden RM. Reparationen gezahlt werden mußten. Knapp 14 Milliarden RM. sind in den Jahren 1924—1928 im Ausland geborgt worden. Alles übrige ist aus den eigenen Leistungen der deutschen Volkswirtschaft bestritten worden.

Die bisher genannten Gesamtsummen wirken zwar sehr eindrucksvoll, aber sie geben noch kein anschauliches Bild von den Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft, die sich in diesen Zahlen ausdrücken. Darum ist es nötig, einen Überblick zu geben, für welche Zwecke die Kapitalsummen in den genannten Jahren angelegt wurden. Wenn wir zusätzliche Anlagen, d. h. also wirkliche Neuanlagen ohne die Ersparnisse, zu den eingetretenen Borrätsvermehrungen hinzuzählen, dann ergibt sich die folgende Liste der Investitionen. Es wurden 1924—1928 einschließlich angelegt in: Industrie 9,10 Milliarden RM., öffentliche Verwaltungswirtschaft 5,70 Milliarden RM., Wohnungswirtschaft 5,50 Milliarden RM., Einzelhandel 5,10 Milliarden RM., Verkehr 4,30 Milliarden RM., Elektrizität, Gas- und Wasserversorgung 2,60 Milliarden RM., Landwirtschaft und Gartenbau 2,60 Milliarden RM., Großhandel 2,20 Milliarden RM., Handwerk 1,30 Milliarden RM., Wohnfahrwesen und Sozialversicherung 0,34 Milliarden RM., für sonstige Zwecke 0,80 Milliarden RM.

### Kapitalzuwachs 1924-1928

in Milliarden RM.



Daß die Industrie in dieser Tabelle an der Spitze steht, nimmt schließlich nicht wunder. Kein Zweig der deutschen Wirtschaft ist durch Krieg und Inflation so mitgenommen worden in seinen Anlagen und Borräten wie die Industrie. Die Anlagen waren unmodern und ausgeleiert, die Borräte weitgehend ausverkauft. Neben

dem Ersatz des Verbrauchten hat die Industrie an zusätzlichen Anlagen 3,6 Milliarden RM. von 1924 bis 1928 geschaffen, und die Borräte sind um über 5 Milliarden RM. vermehrt worden.

Sehr bemerkenswert erscheint die zweite Stelle, die von der öffentlichen Verwaltungswirtschaft eingenommen wird. Man muß bei dieser großen Summe von Kapitalanlagen durch die öffentlichen Verwaltungen bedenken, daß es sich nur um zusätzliche Anlagen handelt, daß ferner die öffentlichen Verwaltungen in der erwähnten Summe nicht eingeschlossen sind, und daß auch die durch die Hauszinssteuer bewirkte öffentliche Kapitalbildung für den Wohnungsbau in der Summe von 5,7 Milliarden RM. nicht enthalten ist.

Man kann angesichts dieser Tatsachen verstehen, wenn das deutsche Unternehmertum der Meinung ist, die Kapitalbildung durch die öffentliche Hand sei zu weit getrieben. Dieser Einwand der Unternehmer hat mindestens solange viel Berechtigung, als die Fehlansagen der öffentlichen Hand mindestens eben so zahlreich und verderblich sind als die Fehlansagen, die in der freien Wirtschaft vorkommen. Fast 6 Milliarden RM. allein für öffentliche Bauten und ihre Ausstattung ist in 5 Jahren aufzubauzeit sicherlich zuviel.

Das statistische Forschungsinstitut vermeidet auch, die Frage der Fehlansagen und ihren Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise zu erörtern. In der Gesamtindustrie sind in der gleichen Zeit, in der für 3,7 Milliarden RM. Neuanlagen geschaffen wurden, fast 1 Milliarde RM. Kapitalien wertlos geworden. In je stärkerem Tempo rationalisiert wurde, je „zielbewußter“ die Konzerne zusammengefaßt sind, um so mehr alte Anlagen wurden wertlos. Wenn eine Fabrik großartig modernisiert wird, dann an einen Konzern verkauft und von diesem sofort stillgelegt wird, so spricht das wohl nicht gerade für die Weisheit des kapitalistischen Systems. In den Jahren 1923—25 wurde in Rendsburg von der Eisenhütte Hohlstein ein neues Walzwerk für 10 Millionen Reichsmark errichtet, dann an die Vereinigten Stahlwerke verkauft und von diesen stillgelegt. Dieser Fall ist so trag, daß sogar der vor Werturteilen bangende Bericht des Konjunkturinstituts ihn nicht zu verschweigen wagte.

Es ist aber außerordentlich lehrreich, hier einmal einmalbre Zahlen zu erhalten, welche Summen die ewig klagende Industrie aus ihren Erträgen herauswirtschaften und investieren konnte. Wie unbedeutend solche Verdrückungen empfunden werden, zeigt sich in den Kommentaren der verschiedenen Arbeitsberichterstattungen. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ stellt in Sperrdruck fest, daß von 1924 bis 1928 ein Sachkapitalzuwachs aus inländischer Kapitalbildung von 28 Milliarden (41,6 minus 13,6 Milliarden Auslandsgebern) zu verzeichnen sei. Zugleich hält sie es aber auch für notwendig, die Angaben des Sonderheftes über Neuanlagen im Vertriebs- und Verlagsgewerbe zu erläutern. Im Gesamtgewerbe wurden in diesen 5 Jahren 19,6 Millionen neu investiert, wovon 37,4 Millionen auf sogenannte Börsen- und Million-Aktiengesellschaften entfielen. Aus dieser Tatsache glaubt die Zeitschrift eine amtliche Bestätigung ihrer Behauptung herleiten zu sollen, daß der größte Teil der mittleren und kleineren Gesellschaften nur bescheidene Entwicklung der Investition zeige. Nun, wir hatten die neuangelegte Summe von 82,2 Millionen RM. im Druck- und Verlagsgewerbe für immerhin sehr ansehnlich.

Milliarden über Milliarden sind seit der Stabilisierung in die deutsche Wirtschaft gesteckt worden. Allein 14 Milliarden RM. aus fremdem Kapital, was nicht nötig gewesen wäre, wenn nicht die Reparationen uns dauernd eigenes Kapital abfaugten. Eine riesige Zinsenlast liegt auf allen diesen Neuanlagen. Und trotz der Anstrengungen, trotz der ausgegebenen Milliarden funktioniert die deutsche Volkswirtschaft nicht richtig. Daß andere auch nicht funktionieren, ist kein Trost. Eine Statistik, die nicht mit 1928 aufhört, sondern bis zum heutigen Tage fortgeführt wäre, hätte weniger von Neuanlagen, um so mehr von Kapitalentwertungen zu berichten. Nicht die Kapitalknappheit, sondern das unbeschäftigte Kapital ist das hervorstechendste Kennzeichen der heutigen Lage. Erst wenn wir nach Befestigung der Tribute ein Land niedrigeren Zinsfußes geworden sind, können wir dauerhafte Gesundheit der Wirtschaft erwarten.

### Allgemeine Rundschau

**Ergebnis der Betriebsrätewahlen.** Die Betriebsrätewahlen waren in diesem Jahre sehr stark durch die zahlreichen Betriebseinsparungen beeinflusst. Es wurden 99 Betriebe mit 14 792 Beschäftigten durch unsere Statistik erfasst. Im Vorjahre waren es 84 Betriebe mit 15 565 Beschäftigten.

In 46 Betrieben (1930 = 33) wurden 2 und mehr Listen aufgestellt. Das Stimmenverhältnis war hierbei (die Zahlen des Vorjahres stehen in Klammern): Christliche Gewerkschaften 1644 (2486), freie Gewerkschaften 1797 (3624), Sonstige 18 (889).

In 19 (21) Betrieben war nur eine christliche Liste aufgestellt. In 35 (32) Betrieben einigte man sich auf gemeinsame Listen. Hier erhielten die christlichen Gewerkschaften 91 (56) Sitze, davon befehlt unser Verband

75 (44). Die freien Gewerkschaften erhielten hier 76 (78) Sitze. Im ganzen verteilten sich die Sitze in den erfassten Betrieben wie folgt:

Kategorie	Sitze (1930 = 259)
Christliche Gewerkschaften	267
davon stellt unser Verband	176
freie Gewerkschaften	161
Sonstige	17
<b>Gesamt</b>	<b>621</b>

In 30 (21) Fällen stellt unser Verband den Betriebsratsvorsitzenden. Das Ergebnis zeigt, daß insbesondere in den gemischten Betrieben durch die Gemeinschaftsarbeit mit dem Guttenberg-Bund ein ansehnlicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Der Rückgang der Stimmzahl insgesamt ist auf die verminderten Belegschaften zurückzuführen. Er betrifft die freien Gewerkschaften bedeutend stärker wie uns.

Der Abschluß dieser Statistik ist noch unvollständig. Verschiedene Gruppen haben noch nicht berichtet. Wir dürfen aber jetzt schon sagen, daß das Ergebnis sehr zufriedenstellend ist. Wir haben überall den Stand halten und in einer ganzen Reihe von Betrieben neu Fuß fassen können. Das ist um so erfreulicher, als wir in den gemischten Betrieben ja überall auch beruflich eine Minderheit bilden.

Das nächste Jahr müssen die Betriebsrätewahlen einen noch besseren Fortschritt bringen. Das kann geschehen, wenn wir jetzt schon an die Vorbereitung denken und durch gemeinsame Arbeit, im besonderen mit dem Guttenberg-Bund, die Voraussetzungen schaffen.

**Modernes Strauchrittertum.** Jener Kapitalismus, den wir wegen seiner Seelenlosigkeit bekämpfen, hat der deutschen Wirtschaft rund 10 Milliarden RM. entzogen und diese ins Ausland verfrachtet. So steht der Patriotismus der Leute von Rang, Bildung und Besitz aus. Bei der Beratung des Wirtschaftsetats im Reichstag wies ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei darauf hin, daß allein in Jülich rund 1800 Willen von deutschen Kapitalisten gebaut worden seien. Das sei ein modernes Strauchrittertum. Noch größer als der wirtschaftliche Schaden sei die Einbuße an moralischem Ansehen, die durch solche gewissenlose Deutsche im Ausland hervorgerufen werde. Der Duodezstaat Westfalen habe sich zu einem Ausenbattersort für deutsche Steuerverbrecher entwickelt. Welches Gefühl sollen unsere 5 Millionen Arbeitslosen haben, wenn sie zu etwas vernehmen müssen? Wir leiden nicht daran, daß wir allesamt zu arm sind, sondern nur daran, daß die Güter dieser Welt nicht sinngemäß verteilt werden. Und darum geht unsere Arbeit in der christlichen Arbeiterbewegung.

**Sie haben ihre Sorgen!** In einem Schreiben an das Reichsministerium des Innern und an die Mitglieder des Reichskabinetts hat der Deutsche Beamtenbund und der Supernumerarbund gegen die Absichten des Reichskabinetts, die Amtsbeziehungstrage der Beamten bis auf weiteres ruhen zu lassen, entschieden Bemerkung eingelegt und der Enttäuschung der oberen Beamten Ausdruck verliehen.

In einem Augenblick, wo rund 4 1/2 Millionen Menschen von kargen Unterhaltungen leben, weitere Millionen in Kurzarbeit stehen, sich kümmerlich durchschlagen und die Not riesengroß ist in deutschen Landen, haben die Beamten scheinbar ihre größte Sorge um die richtige Amtsbezeichnung. Diese Sorge wird verständlich, wenn man weiß, daß mit dem Titel auch ein materieller Vorteil verbunden ist. Ob das der Geist ist, den unser Volk zur Befundung braucht?

### Aus den Burefen

#### Allgemeinverbindlichkeit des Buchdrucker-Buchbinder-Tarifes

Der Reichsarbeitsminister Berlin NW 40, den 29. April 1931  
III. Nr. 3807/178 Tor. Schwarzschiffstraße 35.

#### Entscheidung

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
  - a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Buchdrucker-Verein e. V., Berlin;
  - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin; Graphischer Zentralverband, Köln.
- II. Tag des Abschlusses: 4. Februar 1931, Lohnarifvertrag, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrage für Buchdrucker-Buchbinder vom 20. März 1930.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Buchbindergehilfen und Buchbinderarbeiterrinnen in Buch- und Zeitungsdrukerien. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Buchbinderabteilungen von Buch- und Zeitungs-

druckereien, die nicht überwiegend für den Buch- und Zeitungsdruckbetrieb Buchbindenarbeiten verrichten. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich ferner nicht auf diejenigen Buch- und Zeitungsdruckereien, die einem anderen an einem Reichstaxi für das Buchbindergewerbe beteiligten Arbeitgeberverband zur Zeit dieses Vertragsabschlusses angehören. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse in der Reichsdruckerei nur insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrag der Reichsdruckerei besondere Bestimmungen getroffen sind.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. April 1931.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Lohnvertrag.

Im Auftrag, gez.: Dr. Raaldbrenner.

Eingetragen am 4. Mai 1931 auf Blatt 9732 I B. Nr. 4 des Tarifregisters.

Der Registerführer, gez.: Sprengel.

Die Tarifverhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe gescheitert

Die am 4. Mai in Berlin begonnenen Reichstaxi-Verhandlungen haben trotz mehrtägiger Dauer zu keinerlei Verständigung geführt. Die Hauptpunkte der Verhandlungen bezogen sich auf den Lohn, Feiertagsbezahlung und Ferien. Eingedenk des Umstandes, daß sich die andern graphischen Berufe zwangsläufig einen Lohnabbau hinnehmen mußten, hat sich auch der Verband der Lithographen und Steindrucker im Laufe der Verhandlungen bereitgefunden, folgenden Lohnabbauvorschlag zu machen:

Table with 3 columns: Gehältn mit einem Wochenlohn, von 50,- bis 60,- RM, im Betrage von 1,- RM. Rows show percentages from 50% to 80% and above.

Bei Kurzarbeit erfolgt dieser Lohnabzug erst, nachdem wieder die normale Arbeitszeit eingeführt ist. Der tarifliche Wochenlohn wird um 1 RM. gesenkt. Ausgelernte im ersten Gehältnjahr mit weniger als 3 RM. über Minimum erhalten keinen Lohnabzug. Wenn in der Zeit vom 1. Juni 1930 bis zum 31. Mai 1931 Gehilfen ein Abzug vom Lohn gemacht worden ist, findet diese Vereinbarung keine Anwendung. Ist der Abzug höher, als die Höhe dieser Vereinbarung, so wird der abgezogene Betrag entsprechend vermindert. Die den Gehilfen nach Inkrafttreten des Tarifs gezahlten Löhne gelten bis 31. Mai 1932. Verweigern die Gehilfen durch Vermittlung durch den staatlichen Arbeitsnachweis die Annahme einer Stellung wegen zu niedrigem Lohnangebot, so darf eine Weidung an das Arbeitsamt zum Zwecke der Sperre der staatlichen Erwerbslosenunterstützung nicht erfolgen.

Die Unternehmer bezeichneten diesen Abbauvorschlag als eine Verhöhnung, trotzdem hinzugefügt wurde, daß Löhne auch unter 50 RM. um 1 RM. gekürzt werden könnten. Außerdem ließ man auch erkennen, daß in freier Vereinbarung noch Bereitwilligkeit zu Veränderungen in Aussicht ständen, wenn in sonstigen Fragen eine Verständigung gefunden würde.

Die Arbeitgeber beharrten längere Zeit auf einer Lohnsenkung in Höhe von 15%. In ihrem Endvorschlag ermäßigten sie ihre Forderungen auf 8%, wollten aber in der Feiertagsbezahlung noch Beschränkungen durchsetzen. So kam es, daß die Verhandlungen ergebnislos scheiterten. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium als Vermittlungs- und Schlichtungsinstanz anrufen, zumal der Tarif einschließlich Lohnabkommen mit dem 31. Mai 1931 sein Ende erreicht. Der Verband der Lithographen und Steindrucker warnt seine Mitglieder vor Einzelabschlüssen, und wir raten auch unsern Mitgliefern, Disziplin zu wahren, und nur nach den Weisungen der Organisation zu handeln.

Die neue Lohnregelung im Saargebiet

Für das Saargebiet gilt seit Einführung der Frankenswährung ein besonderer Lohnabkommen für die graphischen Berufe. Für die sonstige tarifliche Rechtsnorm gilt der Reichstaxi. Buchdrucker und Buchbinder haben ein einheitliches Lohngerippe, unter Berücksichtigung prozentualer Besserstellung von Spezialgruppen im Buchdruck.

Wie im Reich haben die Buchdruckereibesitzer im Saargebiet das bisherige Lohnabkommen gekündigt, um eine Lohnsenkung durchzuführen, obwohl dort die Bezugszahlen keinerlei Handhabe boten. Die Arbeitgeber forderten eine Tariflohnsetzung in Höhe von 6 Prozent, die Arbeitnehmer beharrten auf Verlängerung des bisherigen Abkommens und Einführung der 40-Stunden-Woche. Da die Parteiverhandlungen ergebnislos verliefen, forderten die Arbeitgeber eine schiedsgerichtliche Entscheidung der Streitfrage durch das für das Saarrevier gültige Zentral-schlichtungsamt. Unter dem Vorsitz des Schlichters von

Westfalen, Herrn Prof. Dr. Brahm, wurde durch Schieds-spruch folgende Lohnänderung verkündet:

- 1. Die Löhne werden für die Gruppen a) Maschinenseher, Handseher und Drucker um 4 1/2%, b) Buchdrucker-Buchbinder " 5 %, c) Hilfsarbeiter, Anlegerinnen und Hilfs-arbeiterinnen " 2 % ermäßigt.

Dieser wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt und von den Arbeitgebern angenommen. Da für das Saargebiet die gesetzlichen Voraussetzungen zur Verbindlichkeitsklärung fehlte, haben die Arbeitgeber unter Zustimmung des Deutschen Buchdrucker-Bereins auf eine Verständigung auf Grundlage des Schiedspruchs gedrängt, bzw. eine bindende Verpflichtung für alle Vertragsparteien herbeiführen wollen. Die Berliner Verhandlungen blieben aber ebenfalls ohne Erfolg.

In erneuten Verhandlungen am Donnerstag, den 30. April, in Saarbrücken, wurde eine

Einigung

auf nachstehender Grundlage erzielt: Die Löhne für Gehilfen werden ab 2. Mai 1931 um 3 1/2%, jene der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen um 2% herabgesetzt. Das Abkommen hat bis zum 30. Oktober 1931 Gültigkeit, die übrigen tariflichen Bestimmungen bleiben wie bisher bestehen.

Die beteiligten Organisationen und Mitglieder haben sich schließlich eingebend der ungünstigen Wirtschaftslage, bereitgefunden, dem letzten Einigungsvorschlag Zustimmung zu erteilen.

Der Tarifstreit

in der Etuis-Industrie Pforzheim-Lahr

Der Verlauf der letzten Lohnbewegung ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Schon im Januar wollten die Unternehmer des „Wirtschaftsverbandes“ Verhandlungen haben, damit auch sie zu dem heftigsten Lohnabbau kämen. Diese Verhandlungen wurden jedoch von den Arbeitnehmern abgelehnt, da der Tarif noch gar nicht gekündigt worden war. Trotz des noch zu Recht bestehenden Tarifes wurden wir im Februar vor den Schlichtungsausschuß in Pforzheim gittiert. In langen Verhandlungen wurde dort eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach der bisherige Lohnsatz unverändert bis 30. April 1931 bezahlt wird. Weitere freie Verhandlungen in Baden-Baden brachten keine Einigung, da die Unternehmer zu den Lohnsenkungsanträgen auch noch eine 50%ige Ferienkürzung wollten. Darauf folgte wieder eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß, der diesmal einen Schieds-spruch mit 5% Lohnabbau fällte. Diesen Schieds-spruch nahmen die Gewerkschaften an, von den Arbeitgebern wurde er abgelehnt. Sie kündigten nun auch noch den Manteltarif. Die daraufhin von den Gewerkschaften beantragte Verbindlichkeitsklärung wurde vom stellvertretenden Landes-schlichter für Südwestdeutschland, Herrn Obergewerberat Hanewinkel, abgelehnt. Dabei verlußt Herr Hanewinkel überdies den Arbeitnehmern einen Vergleichsvorschlag aufzudrängen, der einen Lohnabbau gebracht hätte, wie ihn in einem solchen Ausmaße die Unternehmer selbst gar nie gefordert hatten! Die Arbeitgeber hatten wiederholt erklärt, daß sie für Lahr eine Senkung des Spitzenlohnes von 86 auf 80 Pf. wollten. Der Vergleichsvorschlag des Schlichters wollte den Lohn für Lahr auf 78 Pf., in einem späteren schriftlichen Vorschlag auf 79 Pf. senken. Kommentar zu einem derartigen „Vergleichsvorschlag“ eines amtlichen Schlichters, der sogar über die Forderungen der Unternehmer hinausgeht, ist wohl überflüssig.

Nachdem die Gewerkschaften diesen famosen Vergleichsvorschlag natürlich nicht annehmen konnten, der Spruch aber nicht verbindlich erklärt wurde, war die Sache am toten Punkt angelangt. In diesem kritischen Stadium griffen die Unternehmer zu einem Gewaltmittel, das so tödlich und unverhüllt ihre angeblich so arbeiterfreundliche Gesinnung kennzeichnet. In sämtlichen Betrieben wurde der ganzen Arbeiterschaft zum 1. Mai gekündigt und zugleich ein neues Arbeitsverhältnis angeboten mit einem um 7% gesenkten Lohn. Die Gewerkschaften beantragten daraufhin sofort neue Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, und zwar zur Regelung des Manteltarifes. Die Unternehmer hatten dazu Anträge auf Kürzung der Ferien und Verschlechterung der Staffeln gestellt. Es wurde ein neuer Spruch gefällt, der für Lahr ab August eine Lohnsenkung von 6% vorsah und die Ferien in den oberen Staffeln für 1931 um je 1 Tag kürzte. Der Spruch wurde von den Unternehmern wieder abgelehnt. Am selben Tage fanden noch Parteiverhandlungen statt und kam nach hundert-langer Tagung eine freie Vereinbarung zustande. Beide Parteien nahmen den am Vormittag gefällten Spruch betr. Kürzung des Urlaubs an. Der Lohn wurde festgelegt: für Pforzheim ab 1. Mai bis 31. Dezember 1931 von 80 auf 76 Pf., für Lahr vom 1. Mai bis 25. Juni von 86 auf 82 Pf., vom 26. Juni bis 31. Dezember 1931 auf 80 Pf. Mit dieser Vereinbarung fand der heisse Kampf sein Ende, und ist der Friede jetzt bis Ende des Jahres gesichert.

Was haben wir für Rußanwendungen aus diesem Kampfe zu ziehen? Vor allem die eine: daß die Unternehmer gegebenenfalls rücksichtslos ihre Macht gebrauchen. All die schönen Sprüche der Herren, daß sie selbst Interesse an ihrer Arbeiterschaft hätten, daß sie für das Wohl der Arbeiterschaft besser besorgt seien als die Gewerkschaft usw., sind doch nichts als leere Phrasen. Die Tatsache der Kündigung beweist das zur Genüge. Die Arbeiterschaft in Pforzheim und Lahr wird das nicht vergessen! Wir vergessen auch nicht, daß die Unternehmer wiederholt erklärten: Gebt uns den Lohnabbau, und wir geben euch dafür Arbeit in Fülle. Den Lohnabbau haben wir, werden jetzt auch die Aufträge kommen? Oder was muß jetzt schuld sein an der Misere in der Etuis-Industrie?

Ein weiteres Wort darf gesagt werden über die Taktik des stellvertretenden Schlichters, Herrn Hanewinkel. Bei den wiederholten Verhandlungen mußte man den Eindruck gewinnen, daß Herr Hanewinkel sich des Sinnes der Schlichtungsverordnung, die doch in erster Linie zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen geschaffen wurde, nicht bemußt ist. Wir mußten die Hoffnung daran, daß Herr Hanewinkel aus dem Ausgang des Kampfes, der uns schließlich in freier Vereinbarung ein wesentlich besseres Resultat brachte als sein Vergleichsvorschlag, die notwendige Schlussfolgerung zieht.

Noch ein Letztes. Der Kampf in Lahr-Pforzheim wäre sicher leichter geführt worden, wenn auch die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben mehr Interesse an den Vorgängen gezeigt hätte. Wir können über unsere eigene Kollegen-schaft, die gute Disziplin gezeigt hat, nicht klagen, desto mehr aber über die Unorganisierten. Jetzt gilt es, unbedingt die letzte Kollegin und den letzten Kollegen für unseren Verband zu gewinnen. Was wäre aus dem Etuis-Tarif geworden, wenn nicht die Gewerkschaften in jähem Ringen für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten wären. Noch ist die Gefahr nicht behoben, der Kampf ist nur verschoben. Darum, Kolleginnen und Kollegen, klärt die Unorganisierten auf, werbt unablässig für unseren Graphischen Zentralverband! R. St.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Wahlungen fanden ein bis zum 17. Mai 1931: Frankfurt, Fulda, Düsseldorf, Krefeld, Bremen, Bochum, Hannover, Münster, Kassel, Dortmund (Einzelgewerkschaften), Friedberg, Münden, Wilschaftsburg, Greibitz, Friedrichshagen, Hildesheim, Heilbrunn, Kassel, Jülich, Münsterberg, Sorau, Waldenburg, Uberg.

Wahlungen fanden ein bis zum 17. Mai 1931: Neuruppin, Dannewitz, Münden, Hannover, Neuloh (Haardt), Arnberg, Wschersleben, Barmen, Jülich, Trier, Frankfurt, Düsseldorf, Bremen, Sorau, Weidm. Freiburg, Bonn, Bamberg, Grünhald, Reveler, Rotweil, Wilschaftsburg, Hildesheim, Münden, Berlin, Bingen, Bochum, Glogau, Kassel.

Unregelmäßigkeiten in der Lieferung der Zeitungen (Braunfeld, Graphische Stimmen, Gewerkschaftsjugend) bitten wir sofort an uns zu berichten.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Maria Fischer nebst Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung. Ortsgruppe Düsseldorf.

Unserm lieben Kollegen Theo Hallett nebst Braut zur Vermählung alles Gute für ihre Zukunft. Ortsgruppe Köln.

Unsern lieben Kolleginnen Helene Effer und Therese Göres nebst Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsgruppe Rheindl.

Unsern lieben Kollegen Josef Laufend zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma Schött AG. in Rheindl die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Rheindl.

Am 4. Mai 1931 verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege Hermann Abel im Alter von 28 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Ortsgruppe Duisburg.